

Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 3
19. Plenarsitzung, Mittwoch, 14. Dezember 2016

„Sicherheit und Zuversicht in Zeiten des Umbruchs“
zur Einbringung des Doppelhaushaltes 2017/2018

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

14.12.2016

I. Einstieg: Verantwortung in Zeiten des Umbruchs

Anrede,

wer in die Welt schaut, bekommt einen anderen Blick aufs eigene Land. Die humanitäre Tragödie in der syrischen Stadt **Aleppo** spitzt sich immer weiter zu. Terroranschläge mit vielen Toten in **Istanbul**. Anschlag auf koptische Christen in **Ägypten**. **Nigeria** wurde von zwei schweren Selbstmordanschlägen erschüttert.

Vor kurzem war ich für die **Stiftung Weltkirche** in Namibia. Es waren Tage, die mir in Erinnerung bleiben: Wegen der eindrucksvollen Begegnungen. Aber auch wegen der in Teilen großen Armut.

Anrede - Wir in **Deutschland** haben das Glück, in Frieden und Wohlstand leben zu können. Der letzte Krieg in unserem Land liegt mehr als 70 Jahre zurück. Wir haben allen Grund, dankbar zu sein.

Daraus entsteht Verantwortung für Stabilität: Wir sind verpflichtet mit den **Mitteln**, die wir haben, **verantwortungsvoll umzugehen**.

Wir haben die Pflicht, **Rechenschaft** vor den Bürgern abzulegen. Sie legen mit ihren Steuerzahlungen dem Staat die Gestaltung ihrer Zukunft in die Hände. Der **künftigen Generation sind wir verpflichtet**. Ihr dürfen wir keinen Schuldenberg hinterlassen. Sondern wir müssen klug investieren, nachhaltig arbeiten.

Anrede,

gleichzeitig erleben auch wir in unserem Land **Veränderungen**. **Zeiten des Umbruchs sind Zeiten der Unruhe**. Das spürt wohl jeder von uns im Alltag.

Dabei müssen wir ehrlich trennen: zwischen **faktischen, realen Problemen** und einer **Stimmung, die produziert und aufgeladen wird**. Es ist leicht, in Politik, in Medien, im Internet, **Ängste zu schüren**.

Wieviel schwieriger ist es dagegen, Menschen wirkliche **Perspektiven zu bieten**.

Unsere Aufgabe ist es mehr denn je, ein **sicheres finanzielles Fundament** für unser Land zu legen, für Verlässlichkeit zu sorgen. Und deshalb müsste dieser Haushalt mehr sein als nur eine **Rechenaufgabe** und eine Aneinanderreihung statistischer Nummern.

Er muss der **Lebenswirklichkeit Rechnung tragen**. Einem Gefühl der Verunsicherung entgegenzutreten.

Denn was wollen unsere Bürger in Rheinland-Pfalz? **Im eigenen Land sicher sein**. Im Alltag, in der Heimat, in Zukunft.

Es geht

- um entschlossene Schritte statt **Gießkannenpolitik**,
- um frische Denkansätze statt **Klientelpolitik**,
- um eine neue Gangart statt **Weiter so**.
- Es geht darum, **Sicherheit** und **Zuversicht** zu vermitteln.

II. Rahmenbedingungen, unter denen diese Haushaltsberatungen stattfinden

1. Das Land profitiert von äußeren Rahmenbedingungen, macht aber keine nachhaltigen Einsparanstrengungen

Nie waren die Voraussetzungen, dieses Ziel zu erreichen, so gut wie jetzt. Bund und Länder verzeichnen **Rekordsteuereinnahmen**.

Die CDU-geführte **Bundesregierung** hat zum dritten Mal in Folge einen Haushalt **ohne neue Schulden** verabschiedet. Dies ist insbesondere dem unermüdlichen Einsatz von Bundesfinanzminister **Schäuble** zu verdanken. Ihm ist die **Balance** gelungen zwischen klugem Sparen und richtigem Investieren.

Ihnen, Frau Ahnen, nicht.

Damit bleibt Rheinland-Pfalz unter seinen Möglichkeiten.

Dabei sind und werden die **Steuereinnahmen weiter deutlich steigen**: Von 2015 bis 2018 um 13,4 Prozent. Das sind rund **eineinhalb Milliarden Euro** mehr!

Dennoch sind im Jahr 2018 nach den Planungen der Landesregierung die Gesamtausgaben immer noch höher als die Gesamteinnahmen.¹

Frau Ministerpräsidentin, Frau Finanzministerin, Sie wollen vermitteln, dass Sie bis zum Äußersten gespart und tiefe Einschnitte vorgenommen haben. Tatsächlich aber **profitieren Sie von äußeren Rahmenbedingungen:** von der Niedrigzinsphase und dem Länderfinanzausgleich².

Sie fahren nur mit dem Rückenwind, profitieren noch dazu von den Gaben des Bundes und machen **trotzdem neue Schulden.**

Sie stehen an der Bahnsteigkante und warten nur, bis der ausgeglichene Haushalt auch bei Ihnen ohne großes Zutun ankommt.

Anders ausgedrückt: In einem **17 Milliarden Haushalt** nicht ohne eine Neuverschuldung von 54 Mio. Euro auszukommen, das hat mit politischem Gestaltungswillen nichts zu tun.

Man kann sich des Eindrucks, Frau Dreyer, nicht erwehren, als wollten Sie sich den ausgeglichenen Haushalt aufsparen für den nächsten Wahlkampf.

Alleine schon durch die **absehbaren Niedrigzinsen** sinken die Zinsausgaben in 2017 und 2018 im Vergleich zum Jahr 2016 um satte **345 Millionen Euro!**

Das ist der größte von Ihnen angebotene „Sparbeitrag“ - die niedrigeren Zinskosten!

¹ Ausweislich des Papiers des Finanzministeriums zu den Eckwerten des Landeshaushaltes hat Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 11.996,0 Mio. € Steuereinnahmen verzeichnet. Ausweislich der Regierungsvorlage rechnet die Landesregierung für das Jahr 2018 mit Steuereinnahmen in Höhe von 13.609,1 Mio. €. Eingeschlossen sind hierbei die Kfz-Steuer-Kompensationsmittel, die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen. Im Einzelnen:

Gesamteinnahmen 2017:	16.420,1 Mio €
Gesamtausgaben 2017:	16.753,7 Mio €
Gesamteinnahmen 2018:	17.014,7 Mio €
Gesamtausgaben 2018:	17.111,1 Mio €

² Die Landesregierung plant für die nächsten beiden Haushaltsjahre mit fast jährlich 100 Millionen Euro zusätzlicher Mittel aus dem Länderfinanzausgleich. Ab 2020 wird Rheinland-Pfalz nach aktuellen Schätzungen sogar mehr als 250 Millionen Euro zusätzliche Mittel aus dem Länderfinanzausgleich erhalten, s. SWR, 14.10.2016.

Außerdem veranschlagen Sie für die nächsten beiden Jahre insgesamt **150 Mio. Euro globale Mehreinnahmen**³ - vielleicht sagen Sie uns noch, woher Sie das Geld erwarten – durch Gebührenerhöhungen? Warum machen Sie es nicht konkret?

2. Andere Länder kommen ohne neuen Schulden aus

Anrede, während Sie

- trotz hoher Steuereinnahmen,
- trotz der niedrigen Zinsen wieder neue Schulden machen, kommen **ärmere Bundesländer ohne neue Schulden** aus oder **zahlen Schulden sogar zurück**.

Alle **östlichen Bundesländer haben bereits seit 2015 keine neuen Schulden mehr gemacht. Neun Länder⁴ werden 2017 keine neuen Schulden mehr machen oder sogar Schulden tilgen. Leider gehört Rheinland-Pfalz nicht dazu.** Trotz Rekordsteuereinnahmen gelingt es dieser Landesregierung nicht, einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Damit bleibt **Rheinland-Pfalz wieder unter seinen Möglichkeiten.**

Frau Dreyer macht lediglich „weniger mehr Schulden“. Keine Kunst bei steigenden Einnahmen. An dieser rot-grünen Haushaltspolitik hat sich leider auch in der Ampelkoalition nichts verändert.

Die Haushaltspraxis der Luftbuchungen bleibt ebenfalls die alte.

Anrede, Sie veranschlagen **im Einzelplan 20 fast 318 Millionen Euro „Globale Personalmehrausgaben“ für das Jahr 2018⁵.** Dieser Posten soll angeblich die Kosten von Tarifierhöhungen für die Landesbediensteten auffangen.

Wir haben das durchgerechnet. 318 Millionen Euro: Das würde eine **Gehaltssteigerung von fast fünf Prozent** bedeuten. Das glaubt Ihnen doch keiner!

³ Epl. 20, Titel 2002-37101.

⁴ vgl

http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderhaushalte/2016/2016.html

⁵ Epl. 20, Titel 2002-46101, S. 18.

Und Sie verraten sich doch auch noch selbst, wenn Sie in der Erläuterung schreiben:

„Gegebenenfalls nicht für Personalmehrausgaben benötigte Mittel können bei Vorliegen eines außerordentlichen Bedarfs ausnahmsweise auch in andere budgetierte Ausgabenbereiche umgesetzt werden.“

Frau Dreyer, Sie verstoßen gegen Klarheit und Wahrheit, gegen die Landeshaushaltsordnung.

Sie kündigen für das Jahr 2020 an, **2.000 Stellen einzusparen**. Sie haben hier **einfach eine Zahl in den Raum geworfen**, ohne zu wissen, welche Stellen für welche Aufgaben notwendig sind.

Wie kommen Sie gerade auf die Zahl 2.000? Vorherige Aufgabenkritik? Fehlanzeige! Stellenstreichungen müssen der **Aufgabenkritik** folgen, nicht umgekehrt, so wie Sie es schon bei der Kommunal- und Verwaltungsreform falsch gemacht haben. Sonst entsteht Chaos.

Damit bleibt Rheinland-Pfalz weit unter seinen Möglichkeiten.

Personalpolitik braucht einen **Plan**:

- Sie muss **langfristige Entwicklungen im Blick** haben,
- sie muss **fair mit den Bediensteten umgehen**,
- sie muss **berechenbar und leistungsgerecht** sein.

Warum bauen Sie **in der Fläche** die notwendigen Forstleute und Straßenplaner und Straßenbauer ab, aber ihren eigenen Apparat blähen Sie weiter auf: 2011 gab es ein **zusätzliches Ministerium**, und 2016 ein weiteres.

Wer wie Sie glaubt, die Bildung neuer Ministerien sei lediglich eine **Organisationsfrage** und koste nicht mehr, der braucht sich nicht über Politikverdrossenheit zu wundern.

Zurück zur Personalpolitik: Die Beschäftigten im Strafvollzug – sie schultern erhebliche Mehraufgaben bei der Sicherungsverwahrung. Der Umgang mit **Strafgefangenen** wird immer schwieriger. In den Gefängnissen gibt es immer mehr **Verständigungsprobleme**.

Es gibt hohe **Aggressionsbereitschaft**, vermehrt psychische Auffälligkeiten und eine zunehmende Drogenproblematik.

Gerade hier wollen Sie Personal einsparen, aber bauen gleichzeitig oben bei der ADD auf. Mit intelligenter Personalpolitik hat das nichts zu tun.

3. FDP wird ihrer Rolle als Korrektiv nicht gerecht

Dabei hatte sich ja gerade der **neue Koalitionspartner auf die Fahnen geschrieben**, sich für solide Finanzen einzusetzen. Ich glaube Ihnen ja, dass Sie hier Einiges verändern wollten. Dass Sie endlich einen Haushalt ohne neuen Schulden, aber mit Investitionen in die Zukunft aufstellen wollten.

Aber was ist davon geblieben? Für diesen Doppelhaushalt jedenfalls ermöglichen Sie die **Fortführung rot-grüner Politik**.

Auf der Pressekonferenz zum Haushalt antworteten Sie auf die Fragen, warum das Land nicht schon in diesem Doppelhaushalt ohne neue Schulden auskomme:

„Natürlich könnten wir schneller ohne neue Schulden auskommen, aber dann müssten wir auch auf Investitionen verzichten.“⁶

Die Wahrheit aber ist: Sie machen neue Schulden, und trotzdem geht die **Investitionsquote um 23 % zurück⁷**.

⁶ Pressekonferenz der Landesregierung v. 15.11.2016 zur Vorstellung der Eckwerte des Doppelhaushaltes 2017/2018.

⁷ Ausweislich des Papiers des Finanzministeriums zu den Eckwerten des Landeshaushaltes hat Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 1.497,1 Mio. € Investitionsausgaben im Kernhaushalt (ohne Darlehen an den Pensionsfond) getätigt. Für das Jahr 2018 hat die Landesregierung hingegen nur Investitionsausgaben in Höhe von 1.150,1 Mio. € veranschlagt.

4. Flüchtlingssituation/Integration

Anrede,

die Beratungen zum Doppelhaushalt stehen auch im Zeichen der **Integration** der vielen Flüchtlinge, die wir aufgenommen haben.

Bei dem Geld, was das kostet, müssen wir auch darüber reden, wofür es ausgegeben wird. Wir als rheinland-pfälzische CDU haben früh deutlich gemacht, dass Integration keine **Einbahnstraße** ist.

Was uns von den Kollegen von SPD und Grünen unterscheidet: Sie verstehen Integration als Angebot zur Güte. Das kann man in Ihrem Haushalt deutlich erkennen:

- Noch immer gibt es in Rheinland-Pfalz keine **Differenzierung der Angebote nach Bleibeperspektive**.
- Noch immer sind die Integrationsangebote des Landes **nicht verbindlich**.
- Noch immer fehlt ein rheinland-pfälzisches **Integrationsgesetz**.
- Noch immer fehlt die **Wohnsitzauflage**.
- Noch immer wird das **Thema Rückführung** vernachlässigt.
- Die Mittel für die **freiwillige Rückführung** sind dieses Jahr noch nicht einmal zur Hälfte abgerufen. Offensichtlich hatten auch Sie sich andere Rückführungszahlen vorgenommen!⁸
- So beanspruchen Asylsuchende, die keine dauerhafte **Bleibeperspektive** besitzen, wichtige Integrationsmaßnahmen. Die wiederum im zweiten Schritt als Rückführungshindernisse angeführt werden. Das ist eine geradezu absurde Situation.

⁸ Titel 0782-67103: Ansatz 2016 war 5.323.700 €, abgerufen wurden bis Ende November aber nur ca. 2,5 Mio €.

III. Bewertung des Doppelhaushalts im Einzelnen

Anrede,

es geht bei diesem Haushalt darum, wie wir die Rekordsteuereinnahmen verwenden, wie wir die Schuldenbremse einhalten und die **richtigen Schwerpunkte setzen**.

Der vorgelegte Entwurf wird diesen Maßstäben nicht gerecht.

Rheinland-Pfalz bleibt unter seinen Möglichkeiten. Diesem Haushalt fehlt die Anstrengung zugunsten künftiger Generationen. Er hat keine klare Linie.

Was die Finanzministerin hier gestern mit monotoner Antidynamik vorgetragen hat, war lediglich die Zusammenstellung der Vermerke aus den einzelnen Ressorts.

1. Vorgehen der CDU-Fraktion

Heute ist der Tag, an dem wir uns mit der **Einbringungsrede** der Finanzministerin auseinandersetzen. Dann folgen die **Beratungswochen**. Dann unsere **Vorschläge**.

Meine CDU-Landtagsfraktion hat in den vergangenen Jahren immer sehr präzise und klare eigene Vorstellungen vorgelegt. Wir werden das auch diesmal tun.

- Wir werden Ihnen aufzeigen, wie wir eine Politik für die Mitte der Gesellschaft gestalten.
- Wir werden aufzeigen, wie wir es verhindern, dass Menschen in unserem Land abgehängt werden.

Dies alles wird für uns am Ende der **Ausschussberatungen** stehen.

Wir hoffen, dass Sie dieses Mal dann ehrlicher mit unseren Vorschlägen umgehen. Denn ein Ritual kennen wir seit Jahren: Nach kurzer Schamfrist übernehmen Sie immer wieder gerne unsere Vorschläge, die sie zuvor abgelehnt hatten.⁹

⁹ Beispiele: Verzicht auf die Projekt- und Entwicklungsgesellschaft, Kürzung der Arbeitsmarktförderung. Kürzung der Mittel für Maßnahmen des Naturschutzes, Kürzung der Mittel für Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS). Aber auch andere Haushaltsanträge wie die Stärkung der Schwangerenkonfliktberatung die Erhöhung der Mittel für die Kinderbetreuung

2. Wichtige Politikfelder werden vernachlässigt

Kommunen: Land kommt Einstandspflicht nicht nach

Frau Ahnen, Sie behaupten:

„Das Land lebt von der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kommunen. Wir führen diese in einem vertrauensvollen kontinuierlichen Austausch weiter.“¹⁰

Entweder ist das **rabenschwarzer Humor** oder eine **schlichte Drohung**.

Nach wie vor befinden sich unsere Kommunen in einer finanziell äußerst schwierigen Lage. Auch im Jahr 2015 **weisen fast 40 Prozent aller Gemeinden und Gemeindeverbände erhebliche Finanzierungsdefizite aus.**¹¹

Trotz positiver Einmaleffekte bleibt die strukturelle Unterfinanzierung rheinland-pfälzischer Kommunen bestehen.¹²

So übertrifft die Verschuldung in Rheinland-Pfalz den Durchschnitt der Flächenländer **um 84 Prozent, Frau Dreyer, treibt Sie das nicht um?**¹³

Unter den zehn am höchst verschuldeten Städten Deutschlands liegen fünf in Rheinland-Pfalz.

Das ist hausgemacht, das liegt an der Politik der Landesregierung, denn die Bundesgesetze sind für alle Länder gleich.

In **besonders schwieriger Lage** sind nach wie vor die drei kreisfreien Städte Kaiserslautern, Ludwigshafen und Mainz.

in Frauenhäusern oder die Stärkung des Gewaltschutzprogrammes „RIGG“ wurde erst abgelehnt und später umgesetzt.

¹⁰ Rede der Ministerin der Finanzen anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2017/2018 v. 13.12.2016.

¹¹ Geschäftsbericht des Landkreistages Rheinland-Pfalz für das Jahr 2016, S. 264.

¹² Geschäftsbericht des Landkreistages Rheinland-Pfalz für das Jahr 2016, S. 264.

¹³ Kommunalbericht 2016 des rheinland-pfälzischen Rechnungshofes, S. 43.

Man mag es kaum glauben: Die **Landeshauptstadt Mainz** hatte Ende 2015 doppelt so hohe Liquiditätskredite aufgenommen wie sämtliche **bayerischen und baden-württembergischen Kommunen** zusammen!¹⁴ Und die Situation sieht in Ludwigshafen und Kaiserslautern nicht besser aus.

Und Sie, Frau Ahnen, sprechen von partnerschaftlicher Zusammenarbeit!
Das ist **Realitätsverweigerung!**

Die **Kassenkreditschulden** rheinland-pfälzischer Kommunen haben sich seit Einführung des kommunalen Entschuldungsfonds – der diesen Namen nicht verdient - von ca. 4,5 Milliarden Euro auf fast 7 Milliarden Euro erhöht.¹⁵ Das ist die Hälfte des 2015er Landeshaushaltes.

Im Gegensatz zur Landesregierung kommt die CDU-geführte Bundesregierung ihrer Verantwortung für die Kommunen nach:

- Im neuen **Bundshaushalt** werden die Mittel für finanzschwache Kommunen um weitere 3,5 Milliarden Euro aufgestockt.
- Bereits vor einem Jahr wurde ein 7 Milliarden großes **Kommunalkpaket** verabschiedet. Davon profitierten zahlreiche Kommunen in Rheinland-Pfalz.
- Und den rheinland-pfälzischen Kommunen könnte mit den Bundesmitteln noch mehr geholfen werden, wenn diese Mittel von Ihnen **eins zu eins** weitergereicht werden würden, wie es auch vorgesehen war („klebrige Finger“).

Innere Sicherheit/Justiz: Personal bleibt auf Kante genäht

Anrede, Für uns steht fest: In Zeiten, in denen wir die Verschuldung zurückfahren müssen, muss sich der Staat auf seine **ureigenen Aufgaben** konzentrieren.

¹⁴ Geschäftsbericht des Landkreistages Rheinland-Pfalz für das Jahr 2016, S. 278.

¹⁵ Die Bundesbank schlägt in einer aktuellen Empfehlung vor, Kommunen sollten Kassenkredite nur noch über das Land aufnehmen können und die Kredite sollten dann auf die verfassungsmäßige Schuldenbremse angerechnet werden. Die Bundesbank begründet dies damit, dass keine ausreichenden Anreize bestünden, eine übermäßige kommunale Verschuldung zu vermeiden. In ihrem gleichen Monatsbericht schlägt die Bundesbank auch eine Insolvenzordnung für Kommunen vor, vgl. Monatsbericht der Bundesbank Oktober 2016, S. 13 ff.

Hierzu gehört die **Gewährleistung von Recht und Ordnung**.

- **Die Bürger** in unserem Land haben einen Anspruch darauf, dass der Staat ihre Sicherheit garantiert.
- Eine **ältere Dame** hat Anspruch, nachts nach einem Diebstahl Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Anspruch, nicht nach Hause geschickt zu werden, weil nur ein Beamter auf der Wache ist. Dieser darf wegen der Eigensicherung niemanden reinlassen. Das ist dem Beamten nicht vorzuwerfen. Aber der Landesregierung, die seit Jahren bei der Polizei Stellen abgebaut hat.
- Ein **Familienvater in der Eifel** hat Anspruch, die Polizei nach einem Einbruch um Hilfe zu rufen. Anspruch, nicht zwei Stunden warten zu müssen, weil nur eine Streife unterwegs ist. Da nutzt es ihm auch nichts, dass Rheinland-Pfalz zwar die bundesweit erste **Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität** hat, aber nicht genügend Polizisten.
- Die rot-grüne Landesregierung hat bei der Polizei gespart.
- **Die Polizei ist seit Jahren überlastet: 1,7 Millionen angehäuften Überstunden.**
- Falsche Schwerpunktsetzung, Frau Dreyer.
- Die **Einbrüche** steigen, die Aufklärungsquote kommt nicht hinterher.

Die angekündigten Neueinstellungen werden noch nicht einmal ausreichen, um die Polizisten zu ersetzen, die im gleichen Zeitraum aus dem Dienst ausscheiden.

Die Innere Sicherheit wird vernachlässigt: im Bereich der **Islamismusprävention**. Hier haben Sie in den vergangenen Jahren kaum Mittel im Haushalt eingestellt. Und diese Mittel haben Sie dann noch nicht mal abgerufen. Es fehlt ein durchdachtes Konzept.

Wir fordern ein **Präventionsnetzwerk**, das neben den zuständigen Landesministerien auch die Kommunen sowie die islamischen Verbände, Moscheevereine und muslimischen Glaubensgemeinschaften mit in die Präventionsarbeit einbezieht. Ein **Aussteigerprogramm** für Radikalisierte ist notwendig.

Anrede, nicht nur die Polizei, auch die **Justiz** ist seit Jahren überlastet. Laut Richterbund fehlen 74 Richter und 23 Staatsanwälte im Land. Das hat konkrete Folgen.

- Im vergangenen Jahr mussten am Landgericht Koblenz wegen Richtermangels **Haftbefehle aufgehoben und Drogendealer auf freien Fuß gesetzt werden**.
- Ein **Prozess wegen möglicher Korruption am Flughafen Frankfurt Hahn** steht wegen Richtermangels seit längerer Zeit aus.¹⁶
- Viele Experten fragen sich, was eigentlich aus dem **Prozess gegen den schillernden Nürburgring-Finanzvermittler Urs Barandun** geworden ist. Der Prozess wurde im Februar 2015 wegen Richtermangels unterbrochen und ist seitdem nicht wieder aufgenommen worden. Das Mainzer Landgericht wurde in der FAZ zitiert: Die bisherige Bearbeitungsdauer erkläre sich „*vor allem aus einer massiven Belastung der (...) großen Strafklammern mit vorrangig zu bearbeitenden Verfahren, insoweit insbesondere mit Haftsachen.*“¹⁷

Und dennoch: Die Ampel führt diese Personalpolitik nahtlos fort.

Wirtschaft: Notwendige Schwerpunkte fehlen

Anrede, in der Tischvorlage zur Vorstellung des Haushaltsentwurfes kommt im Abschnitt 3. „*Politische Schwerpunkte im Haushalt*“ das Wort "**Wirtschaft**" oder "Wirtschaftspolitik" gar nicht vor. Das zeigt den Stellenwert, den sie dieser zentralen landespolitischen Aufgabe beimessen.

Auch bemerkenswert, dass unter der Überschrift „*Bildung und Forschung*“ die **Forschung** gar nicht mehr vorkommt. Dabei ist sie ein Kernstück für eine zukunftsfähige Wirtschaft.

Anrede, Rheinland-Pfalz hat klaren Nachholbedarf bei Arbeitsplätzen im eigenen Land, bei **Firmengründungen und Firmenansiedlungen**, bei **High-Tech-Unternehmen**.

¹⁶ RZ und AZ, 30.8.2016

¹⁷ FAZ, 19.8.2016

Rheinland-Pfalz verfügt über genügend Hochschulstandorte. Sie sind aber **nicht wettbewerbsfähig** ausgestattet. Der Transfer von Forschung in Unternehmensgründungen und **Produktentwicklung** ist nicht ausreichend organisiert. Der **Übergang** von Absolventen in den Arbeitsmarkt wird zu sehr dem Zufall überlassen. Rheinland-Pfalz hat einen zu hohen Anteil an Hochschulabsolventen, die nur in anderen Ländern ihren Arbeitsplatz finden.

Anrede, statt sich um diese naheliegenden Schwerpunkte zu kümmern, machen Sie mit unnötigem **Bürokratiewuchs** den Unternehmen das Leben schwer.

Ein Beispiel: Frau Dreyer plant eine **Veränderung des Vergaberechts**¹⁸.

Danach sollen künftig alle **Aufträge** an Freiberufler, die eine Schwelle von 1.000 Euro übersteigen, in ein formal nachprüfbares Vergabeverfahren überführt werden. Bisher konnte bis zu einer Grenze von 15.000 Euro relativ frei vergeben werden.

Die Landesregierung argumentiert, sie wolle mit der neuen Regelung Korruption verhindern und Gerechtigkeit herstellen.

Das geplante Vorgehen macht keinen Sinn, weil freiberufliche Leistungen - zum Beispiel für Ingenieure, Architekten, Steuerberater - in Honorarordnungen klar beschrieben werden. Auch die **Honorare** sind geregelt. Was ist also künftig das nachprüfbare Vergabekriterium? Hier wird massive Bürokratie aufgebaut.

Die geplante Neuregelung der Unterschwellenvergabe könnte alleine beim LBB mehr als 1.200 zusätzliche Vergabeverfahren im Jahr bedeuten. **Fachleute gehen davon aus, dass bei Aufträgen von 1.000 bis 5.000 Euro das Vergabeverfahren künftig mehr kostet, als der Auftrag an Wert hat.** Nach Aussage des LBB haben 60 Prozent aller Vergaben im Landesbetrieb einen Wert von unter 10.000 Euro, das macht die Unsinnigkeit des Vorhabens noch einmal deutlich.

Frau Ministerpräsidentin, mit solchen Ideen belasten Sie Unternehmen unnötigerweise, Sie führen unnötige Kostensteigerungen herbei und schaden letztlich den Arbeitnehmern.

¹⁸ Konkret eine Novellierung der Unterschwellenvergabe (UVgO)

Infrastruktur: Haushaltsansätze halten Versprechen nicht ein

Thema **Verkehr**: Hier hatte die neue Ampelregierung ja eine deutliche Steigerung der Mittel für die Straßen in Aussicht gestellt.

Diese wären dringend notwendig. Laut Rechnungshof ist die Hälfte des Straßennetzes in einem problematischen bis sehr schlechten Zustand. Der **Investitionsstau** bei den Landesstraßen beträgt eine Milliarde Euro.

Gemessen daran, und an Ihren Ankündigungen, ist der nun vorlegte Verkehrsetat eine **Enttäuschung**. Der Zugewinn an den reinen Mitteln (ohne Planungskosten) für den Erhalt und den Neubau der Landesstraßen beträgt jährlich nur **6,5 Mio. Euro**.¹⁹

Zudem: Die personelle Situation des Landesbetriebs für Mobilität ist dramatisch angespannt. Bis 2020 wollen Sie dort 180 Stellen streichen. Diese sollen größtenteils bei den Straßenmeistereien eingespart werden. Wer übernimmt dann deren Arbeit?

Es sind die Ingenieure, die Sie schon jetzt mit **Telefondienst** belasten, anstatt Sie Straßen und Brücken bauen zu lassen!

Anrede - Vor einigen Tagen hat der Bundestag den **Bundesverkehrswegeplan 2030** beschlossen.

Viele Projekte, die jetzt im vordringlichen Bedarf stehen, waren schon im Bundesverkehrswegeplan 2003 in diese Kategorie eingeordnet. Die SPD-geführten Landesregierungen haben sie aber nicht gebaut oder wenigstens geplant. **Über viele Jahre haben Sie Bundesmittel nicht abgerufen**. Wir haben große Zweifel, ob die nun im Vordringlichen Bedarf stehenden Projekte auch umgesetzt werden - mit noch weniger LBM-Personal.

Hier ist Rheinland-Pfalz liegt hinter seinen Möglichkeiten.

Was ist z.B. mit der **Hunsrückspange** geschehen? 200.000 Euro haben Sie insgesamt für die Ortsumgehung in Rhaunen in den Haushalt eingestellt. Dabei könnten Sie schon

¹⁹ Im Haushalt 2016 wurden für die Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen insgesamt 88,5 Mio € in den Haushalt eingestellt. Im kommenden DH sind es jährlich 95 Mio €, vgl. Epl. 08, Erläuterungen zu Titel 0806-51806 neu, S. 124 f.

längst mit dem Bau begonnen haben. Aber Sie wollen dieses Projekt nicht, wie die grüne Sprecherin für Mobilität, Frau Blatzheim-Roegler, sagte:

„Maßnahmen, bei denen eine Realisierung höchst zweifelhaft erscheint, symbolisch mit wenigen Tausend Euro in den Plan aufzunehmen“ und verweist in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die von den Grünen abgelehnte Hunsrückspange²⁰.

Aber genau das tut die Landesregierung: Sie will mit einem **Symbolbeitrag** von 200.000 € für 2017 und 2018 die Menschen beruhigen und Tätigkeit **simulieren**.

Ein Beispiel von vielen.

Und wie sieht es **beim Breitbandausbau aus mit Ihren großen Versprechungen**, Frau Dreyer? Sie haben gewaltige **Anschlussprobleme!** Sie versprechen deutlich mehr als Ihr Haushalt hält.

Denn in Ihrem Haushalt findet man bis zum Jahr 2020 nur Mittel in Höhe von insgesamt 100 Mio. Euro. Ihr Ziel, in den nächsten 15 Jahren flächendeckend Bandbreiten von 300 Megabit pro Sekunde zu garantieren, wird aber laut TÜV-Studie staatliche Zuschüsse von bis zu **2,6 Milliarden Euro** notwendig machen. **Da passen Ihr Versprechen und Ihr Haushalt nicht zusammen.**

Rheinland-Pfalz bleibt auch hier unter seinen Möglichkeiten.

Ländlicher Raum: Regionen fühlen sich immer mehr abgehängt

Anrede, die schlechte digitale Versorgung in Rheinland-Pfalz führt dazu, dass die ländlichen Regionen immer mehr **abgehängt** werden.

Unterversorgt sind derzeit vor allem Gebiete in der Westpfalz, im Hunsrück sowie in Teilen des Westerwalds und in der Eifel.

Über 50 Mbit verfügen in Bitburg-Prüm nur 19,3 Prozent der Haushalte. Wenn Sie hier nicht schnell gegensteuern, wird dieser Zustand die **Landflucht** beschleunigen.

²⁰ Pressemitteilung Frau Blatzheim-Roegler, v. 02.12.2016.

An Gremien fehlt es jedenfalls nicht. Sie haben

- ein Digitalisierungskabinett,
- einen Digitalisierungsrat,
- digitale Studien
- und bald auch einen Digitaldialog.

Nur eines haben wir nicht: Leitungen und zukunftsfähige Infrastruktur. Frau Ministerpräsidentin, zwischen Ihren politischen Werbeaktionen und der digitalen Wirklichkeit liegen mehr als nur ein paar Megabit.

Viele auf dem Land haben einfach Angst und das Gefühl, abgehängt zu werden.

- Abgehängt von einer guten ärztlichen Versorgung.
- Abgehängt von einer guten infrastrukturellen Anbindung.
- Abgehängt von dem Schutz durch Polizei und Sicherheitsbehörden.

Eine PR-Woche der Demographie ist da zu wenig.

Wir Christdemokraten wollen wirtschaftlich tragfähige Strukturen aufbauen, mit denen wir alle Voraussetzungen für ein Leben nach heutigen Bedürfnissen erfüllen können.

Dazu will ich nur wenige Beispiele nennen:

- Die ländlichen Räume brauchen in überschaubaren Entfernungen **Zugang zu den Fernverkehrsverbindungen auf Straße und Schiene.**
- Sie brauchen ein **intaktes Nahverkehrsnetz** für den individuellen und öffentlichen Nahverkehr.
- Sie brauchen flächendeckend eine **Breitbandversorgung auf dem Stand der Technik.**
- Wir müssen unsere **Landesplanung auf den Prüfstand stellen.** Ist es noch sinnvoll, die öffentliche Infrastruktur auf hierarchisch gegliederte Zentren zu konzentrieren oder müssen wir dezentraler arbeiten?
- **Die Zeit drängt. Die Landesregierung muss endlich liefern.**

Bildung/Wissenschaft

Kernaufgabe eines Landes sind Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen.

Doch genau hier fahren Sie seit Jahren auf Kante. Es fehlen Lehrer.

- Egal, ob es wenig Lehrernachwuchs gibt oder nicht,
- egal, ob die Schülerzahlen konstant bleiben oder sinken,
- egal, ob die Haushaltslage dramatisch oder nur schlecht ist.

Sie planen die schlechte Ausstattung der Schulen und den Unterrichtsausfall von vornherein mit ein.

- Die Schulart mit der schlechtesten Lehrerversorgung, die **berufsbildenden Schulen, werden in den kommenden zwei Jahren 63 Stellen abgeben müssen.** Ist das eine Stärkung von Berufsorientierung und dualer Bildung?
- Die **Realschulen plus** ist auch in diesem Schuljahr erneut mit zu wenig Lehrern versorgt. Ihre Konsequenz? 100 Lehrer weniger für Unterricht, Förderung und Integration an Realschulen.
- Hierunter leidet die Bildungsqualität, die Ihnen offensichtlich nicht am Herzen liegt. Denn sonst hätten Sie nicht die groteske Unterscheidung von Pflicht- und Förderunterricht in die Welt gesetzt. Die Realschulen plus brauchen jede Stunde, die ihnen zusteht, um die Schüler zu einem guten Abschluss zu führen. Das ist Pflicht, nicht Kür.
- Ist denn die Förderung von Leistungsschwachen, die kaum die Berufsreife schaffen werden, keine Pflicht?
- Ist denn die Berufswahlberatung keine unerlässliche Pflicht?

Übrigens: Ihr Wahlversprechen der **Betreuungsgarantie für alle in den Schulferien**, das ist doch nie und nimmer mit 700 000 Euro einzulösen.

Die **Kosten für den Ausbau der Kitas** überlassen Sie erneut in weiten Teilen dem Bund. Es wird sich zeigen, ob mit diesen Mitteln die von Ihnen ausgestellten Förderbescheide sich auch zeitnah auszahlen lassen. Denn in den vergangenen Monaten haben Sie den Kommunen Förderbescheide für Kita-Investitionen mit dem Vermerk zugesandt, man zahle, soweit Haushaltsmittel zu Verfügung stünden. Das ist für die Träger ein Lottospiel mit vielen Unbekannten!

Mit diesem Haushalt bleiben die Kernbaustellen der Kindertagesstätten ungelöst: Die Frage der **Gruppengrößen** vor dem Hintergrund der zunehmenden **Ganztagsbetreuung** und Öffnung für unter Dreijährige bleibt unberücksichtigt.

Anrede, die **Hochschulen** sind für Innovation und Bildung auf höchstem wissenschaftlichem Niveau verantwortlich. Dafür brauchen sie Freiheit, bürokratiearme Strukturen und verlässliche Grundlagen. Aber:

- **Baumaßnahmen** liegen auf Eis.
- Die **Wissenschaftsbesoldung** ist bundesweit nicht konkurrenzfähig.
- **Karrierperspektiven** in der Wissenschaft haben Sie erst durch Bundesmittel in nennenswerter Zahl ermöglicht.
- Die **Drittmittelinwerbung** ist im Bundesvergleich mehr als ausbaufähig.
- Dasselbe gilt für die **Betreuungsrelation** Lehrpersonal an den Hochschulen.

Mehr noch: Nach Ende des Programms „Wissen schafft Zukunft“, stehen dem Wissenschaftsbereich **60 Mio. Euro weniger zur Verfügung**.

Krankenhausförderung/Pflege

Anrede, die CDU weist schon seit Jahrzehnten darauf hin, dass die Förderung in **Krankenhausinvestitionen** weit hinter dem notwendigen Bedarf zurückbleibt. Die Landesregierung findet einfach keinen Lösungsansatz, um den Bestand der kleinen und mittleren Krankenhäuser zu sichern.

Der sog. Landesbasisfallwert entwickelt sich stetig nach unten, d.h. die Krankenhäuser erhalten für ihre Leistungen immer weniger. Sie können die Bundesmittel für Strukturanpassungen nicht abgerufen, weil der **Landeskrankenhausplan** nicht fortgeschrieben wird.

In ländlichen Gegenden, in denen die **Arztversorgung** dauerhaft gefährdet ist, und es keine Fördermöglichkeiten durch die Kassenärztliche Vereinigung gibt, besteht die Möglichkeit einer Förderung durch das Land.

Doch wie sieht diese aus? Für **Praxisgründungen** gibt es einmalig 15.000 €. Das reicht aber noch nicht einmal, um ein Ultraschallgerät zu kaufen. Für einmalig 15.000 € Zuschuss lässt sich kein Arzt in eine abgelegene Region locken.

3. Der Haushalt setzt die falschen Schwerpunkte

Wir sehen:

- Investitionen in die Zukunft: Fehlanzeige
- Investitionen in Sicherheit und Justiz: Fehlanzeige
- Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik: Fehlanzeige
- Ausreichende Investitionen in Straßen und Breitbandausbau: Fehlanzeige

Stattdessen gibt es ein Modellprojekt zur Ansiedlung von **Luchsen** - inklusive einem **Luchsparlament!** 20 Luchse aus der Schweiz und der Slowakei sollen im Pfälzerwald angesiedelt werden. Das Land muss hierfür 400.000 Euro beisteuern. Interessante Schwerpunktsetzung.

Noch eine interessante Schwerpunktsetzung: Im kommenden Doppelhaushalt haben Sie für Zuschüsse zur Förderung von Akzeptanz **gleichgeschlechtlicher** Lebensweisen jährlich 103.000 € vorgesehen.²¹

Im Vergleich: Für die **Islamismusprävention** wollen sie jährlich weniger, nämlich nur 100.000 € ausgeben. Was bewegt die rheinland-pfälzische Bevölkerung wohl mehr?

Anrede - Mit Kleinprojekten simulieren Sie Politik fürs ganze Land. Mit teuren Modellprojekten setzen Sie falsche Schwerpunkte.

Doppelstrukturen: unnötig und teuer

Anrede - nach unserem Verständnis muss in Zeiten der Schuldenbremse gelten:

- Der **Staat hat sich auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren**: Die Innere Sicherheit, die Bildung und die Infrastruktur.
- **Aufgaben** müssen regelmäßig überprüft werden.
- Der **Verwaltungsaufbau** muss effizient sein.
- **Doppelstrukturen** müssen vermieden werden.

²¹ Epl. 07, Titel 0702-68405.

Leider orientiert sich die Landesregierung nicht an diesen Grundsätzen:
Sie wollen eine **Gründungsallianz** ins Leben rufen. Aber hier werden im Bereich der **Innovationsförderung unnötige Doppelstrukturen** aufgebaut.

Hier gibt es bestehende **Strukturen der Wirtschaftskammern**, auf die zurückgegriffen werden kann. Die **Starterzentren** der Kammern bieten dazu flächendeckend einen einheitlichen Beratungsservice für alle potenziellen Gründer an.

Ziel muss sein, vorhandene Strukturen **besser zu vernetzen** - bevor neue geschaffen werden. **Leistungsfähige Strukturen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung** müssen Vorrang haben.

Weiteres Beispiel für eine unnötige Doppelstruktur: die **Energieagentur**, die immer noch fast 4 Millionen Euro kostet.

Es gibt die **Kammern**, insbesondere die Architekten- und Ingenieurkammer. Das sind im Übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie erledigen deren Aufgaben schon heute – und das auch noch im Zweifel besser, weil praxisnäher!

Unnötige Beraterkosten verschlingen Millionensummen

Sie sagten in Ihrer gestrigen Rede, Frau Ahnen:
"Für die Entwicklung (...) der Wirtschaft kommt es auch auf Investitionen "in die Köpfe" an" (S. 32).

Bei der Landesregierung heißen diese Köpfe „**Berater**". Sie geben Unsummen für externe Berater aus. Alleine das **Beratungsunternehmen KPMG erhielt rund 7 Millionen Euro**, um den Flughafen Hahn zu verkaufen.

Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben beim Verkauf des Flughafens Hahn das Beratungswesen ad absurdum geführt:

- Sie engagieren zunächst **Berater** für rund 7 Millionen Euro²²
- Dann engagieren Sie für mindestens weitere 170.000 Euro **Berater, die Ihre Berater beraten**, weil die es alleine nicht hinbekommen²³,

²² KPMG

- Dann engagieren für 7.000 Euro **Anwälte, die Sie gegen Ihre Berater vertreten**²⁴.
- Und zu guter Letzt engagieren Sie für 30.000 Euro **Kommunikationsexperten**, die alleine einen einzigen Auftrag haben: Ihre schlechte Politik und die Fehler Ihrer Berater in einem besseren Licht dastehen zu lassen²⁵.
- Also eine Investition in eine **Inkompetenz-Kompensations-Kompetenz**.
- Und wir können uns alle vorstellen, da kommt noch einiges hinzu.

Frau Ministerpräsidentin, wenn das so weitergeht, wird der Verkaufsprozess für den Flughafen Hahn am Ende mehr gekostet haben, als Sie an **Kaufpreis** erzielen werden.

Im Übrigen hat bis heute niemand **Verantwortung** für die Reihe an Pannen beim Verkauf des Flughafens übernommen. Die Ministerpräsidentin zeigt auf den Innenminister, der zeigt auf den Staatssekretär, der zeigt auf die Berater.

Exemplarisch hierfür steht eine **Pressemitteilung** der Staatskanzlei, nachdem ein Schreiben in die Öffentlichkeit gelangte, in dem das Beratungsunternehmen KPMG der Regierung schwere Vorwürfe macht. Diese Pressemitteilung enthielt einen ganz entlarvenden Satz. Er lautete - wirklich wörtlich:

„Deshalb hat das Innenministerium wurde gemeinsam erwogen, die Verhandlungen ab-zubrechen.“²⁶

Dieser Satz zeigt die **innere Zerrissenheit dieser Landesregierung**. Was denn nun? Entschied das Innenministerium? Erwog man gemeinsam? Hier drängt sich doch der Eindruck auf, dass auch diese Verlautbarung nicht die tatsächlichen Abläufe wiedergibt, sondern eher das Ergebnis einer eiligen, missglückten Abstimmung zwischen Innenministerium und Staatskanzlei ist.

²³ Warth&Klein Grant Thornton/KMPG, vgl. Kleine Anfrage Martin Brandl und Alexander Licht, Drs. 17/1330

²⁴ Haver-Mailänder, vgl. Kleine Anfrage Martin Brandl und Alexander Licht, Drs. 17/1330

²⁵ Anda Bremer Communication GmbH, vgl. Kleine Anfrage Gerd Schreiner Drs. 17/1231

²⁶ Pressedienst der Staatskanzlei vom 30.8.2016

Am Beispiel Flughafen Hahn sieht man, wie wenig ambitioniert die Landesregierung **Strukturpolitik** betreibt. Da ist es beim Flughafen Hahn schon ein Erfolg, dass der Flughafen NOCH zahlungsfähig ist. Und das auch nur, weil der Flughafen trotz unsicherer Zukunft Kredite des Landes erhält.

In der Sprache des SPD-Landesvorsitzenden hört sich das wie folgt an: „*Nach heutigem Stand gehen wir davon aus, dass wir Mitte Januar wissen, ob und gegebenenfalls mit welchem Bieter wir in endgültige Verhandlungen eintreten werden.*“²⁷

Also **erste Bedingung**: nach heutigem Stand.

Zweite Bedingung: eventuell Mitte Januar.

Dritte Bedingung: ob wir in endgültige Verhandlungen eintreten.

Und viertens: gegebenenfalls mit einem Bieter. Klare Ansage der Regierung ...

4. Ausblick

- Wir brauchen in Rheinland-Pfalz eine Politik, die den Menschen wieder **Orientierung** gibt,
- wir brauchen eine Politik für die **Mitte** der Gesellschaft.
- Wir brauchen eine Politik, die **Schwerpunkte** in den Bereichen setzt, die die Bürger bewegen.
- Wir brauchen eine Politik, die den Bürgern **Sicherheit** in allen Lebenssituationen sowie Zuversicht vermittelt.

IV. Schluss

Die Menschen in Rheinland-Pfalz haben ein Recht, **ernst genommen zu werden**.

Frau Ahnen, Sie haben in Ihrer gestrigen Rede die **fünf Schwerpunkte** Ihres Haushaltes vorgestellt: **Zusammenhalt, Zukunftschancen, Gerechtigkeit, Zukunftsinitiativen und Lebensqualität**.

Was hat es z.B. mit **Zusammenhalt** zu tun, wenn eine Landesregierung die Solidarität mit den Kommunen aufkündigt, sie in die Verschuldung treibt und ihnen Bundesgelder vorenthält?

²⁷ FAZ, 12.12.16.

Was hat es z.B. mit **Zukunftschancen** zu tun, wenn wir zu wenig Lehrer haben, viel zu viele Stunden ausfallen und Junglehrer über die Sommerferien in die Arbeitslosigkeit geschickt werden?

Was hat es z.B. mit **Gerechtigkeit** zu tun, wenn es viel zu wenig Richter, Staatsanwälte und Justizmitarbeiter gibt, die dem Recht Geltung verschaffen?

Was hat es z.B. mit **Zukunftsinitiativen** zu tun, wenn die Landesregierung den digitalen Anschluss verpasst, den Ärztemangel und drohenden Pflegenotstand ignoriert und den kommenden Generationen Schulden hinterlässt?

Was hat es z.B. mit **Lebensqualität** zu tun, wenn die Zahl der Wohnungseinbrüche auf Rekordniveau ist, die Polizei unter Personalnot leidet?

Mit diesem Haushalt bleibt Rheinland-Pfalz leider weit unter seinen Möglichkeiten!